

Diana Scholl

Geschäftsführerin

Bundesverband Deutscher Berufsförderungswerke e. V.

Mitglied im Vorstand von

das Demographie Netzwerk (ddn)



Seit Januar 2022 ist Diana Scholl Geschäftsführerin beim Bundesverband Deutscher Berufsförderungswerke (BV BFW) mit Sitz in Berlin. Sie vertritt die Interessen von 24 Mitgliedseinrichtungen, die an rund 100 Standorten in Deutschland aktiv sind. Die Berufsförderungswerke sind ein Netzwerk für Arbeit und Gesundheit mit mehr als 250 Umschulungen und Weiterbildungen für und mit Unternehmen und Institutionen. Zuvor koordinierte sie die „Mittelstandsallianz“ sowie die politische Kommunikation beim Bundesverband mittelständische Wirtschaft (BVMW) und hat dort das Frauennetzwerk „Starke Frauen – starker Mittelstand“ ins Leben gerufen. Diana Scholl studierte Politische Kommunikation in Potsdam sowie Politikberatung und Volkswirtschaftslehre in Halle an der Saale. Diana Scholl ist Vorstandsmitglied bei *Das Demographie Netzwerk ddn e.V.* und gehört zudem dem Hauptvorstand der Deutschen Vereinigung für Rehabilitation sowie dem Beirat der Deutschen Gesellschaft für Politikberatung e.V. (de`ge`pol) an.

Aktuelle Themen:

- **Qualifizierung & Inklusion**
Trotz Fachkräftemangel schöpfen Unternehmen nicht alle Potenziale aus. Krankheit und Leistungsminderung oder Behinderung sind Situationen, die man gestalten kann. Sie stehen Produktivität und Wertschöpfung nicht im Weg. Aus volkswirtschaftlichen und politischen Gründen muss Deutschland mehr tun, um diese Menschen wieder in Beschäftigung zu bringen.
- **Flexibilität am Arbeitsmarkt**
Homeoffice, Mobilität, New Work - Unternehmen gewinnen, wenn sie Angebote zur Flexibilisierung machen. Notwendig sind aber auch gesetzliche Flexibilisierungen, zum Beispiel bei der Arbeitszeit oder steuerliche Anreize.
- **Unternehmer*innentum und Mittelstand**
Der Mittelstand stellt 58 % aller Arbeitsplätze und 82 % aller Ausbildungsplätze und stellt das Rückgrat der deutschen Wirtschaft dar. Industriepolitik muss aus dieser Perspektive gedacht werden, politische Programme dürfen nicht auf die Bedürfnisse weniger großer Unternehmen oder einzelner Branchen allein zugeschnitten sein.